

Kurzfristiges Denken ist nicht nachhaltig

Zu: „Bauernproteste trotz Zugeständnissen“, FR-Politik vom 5.1., und „Bauernproteste – die große Wut“, FR-Politik vom 10.1.

Subventionierte Spazierfahrten

In der Diskussion um die Bauernproteste spielt das „Steuerprivileg“ der Bauern eine Rolle. Ich vermisse eine konsequente Recherche, das „grüne“ Kennzeichen betreffend! Ich werfe den Finanzministern der Länder Vernachlässigung ihrer Aufgabe vor! Zur Erlangung eines „grünen“ Kennzeichens bedarf es Voraussetzungen: Fahrzeuge mit grünem Kennzeichen dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden. Sonst ist das ein Vergehen gegen das Steuergesetz und kann strafrechtlich verfolgt werden. Wenn die Voraussetzungen für ein grünes Kennzeichen nicht mehr vorliegen, kann durch das zuständige Hauptzollamt eine Kfz-Steuer festgesetzt werden. Ab diesem Zeitpunkt ist das grüne Kennzeichen unwirksam und muss auf schwarz geändert werden

Warum wird der hessische Finanzminister nicht tätig? Es ist schon grenzwertig, wenn Bauern mit ihren Gespannen den Abraum bei Baustellen befördern; das ist aber, so meine ich, akzeptabel, wenn ein Bauer sich hier ein Zubrot verdient. In der Bundesrepublik spazieren fahren, überdehnt das „Steuerprivileg“ erheblich! Hinzu kommt, dass dabei subventionierter Diesel-Kraftstoff verblasen wird!

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Im Agrarbereich ist eine Antriebswende nötig

Die derzeit regierungsseitig angestrebte Frist für einen stufenweisen Abbau der Agrardiesel-Subventionen ist vielleicht etwas zu kurz, aber für immer und ewig diesen Kraftstoff zu subventionieren, wie es die Bauern fordern, geht nicht. Denn alle Dieselmotoren – auch der Bauern – erzeugen neben klimaschädlichem CO₂ weitere giftige Abgase, Stickoxide, Feinstaub usw. Was macht das in Feld und Wald? Rückstände sind wahrscheinlich zu erwarten! Die Diesel-Skandale im Pkw-Bereich haben gezeigt, eine erfolgreiche

Abgasentgiftung ist trotz erheblichen technologischen Aufwands nicht möglich. Auch im Agrarbereich ist eine Antriebswende (Wasserstoff und/oder Batterie-elektrik) möglich und zu fördern! Subventionsabbau wäre eine Möglichkeit! Batterie-elektrische Antriebe für Traktoren und Landmaschinen sind bereits auf dem Markt, in Holland baut eine Firma konventionelle Diesel-Traktoren entsprechend um! Wir sind auf dem Weg!

Kurt Brunsfeld, Eschborn

Staatlich geförderte Umweltzerstörung

Was ist der Unterschied zwischen Landwirten und den Klimaaktivisten der „Letzten Generation“? Die Klimaaktivisten blockieren Verkehrswege, um auf die dringende Rettung unseres Planeten aufmerksam zu machen, und werden kriminalisiert und eingesperrt. Die Landwirte blockieren Verkehrswege, um für die langfristige Zerstörung unserer Lebensgrundlagen weiter subventioniert zu werden, und werden in Ruhe gelassen. So steht's um Deutschland. Es ist erschütternd.

Martin Thurau, Schweinfurt

Die Zukunft der Welt hat es nicht leicht

Den Bauern geht es um kurzfristige Eigeninteressen – unter Inkaufnahme von Nachteilen für die Zukunft, das Land und die Welt. Den „Klimaklebern“ geht es um die Zukunft der Welt – unter Inkaufnahme von kurzfristigen lokalen Nachteilen. Ersteres ist für den „Mann auf der Straße“ – den Wähler, der auch populistischer Propaganda auf den Leim geht – leichter nachvollziehbar und deshalb tolerabel.

Michael Schnell, Krefeld

Hochgradig unfair

Schon jetzt ist Agrardiesel im Vergleich zu hoch besteuert. Ausgerechnet da weiter zu erhöhen, ist nicht logisch begründbar, wenn man ehrlich vergleicht: Während die chemische

Industrie ihr Erdöl steuerbegünstigt erhält, um daraus Chemieprodukte zu machen, Hafendiesel mit nur sechs Cent/Liter besteuert ist (Argument: Wettbewerbsfähigkeit!) und die Airlines ihr Kerosin *komplett* energiesteuerbefreit erhalten, ist schon bisher hochgradig unfair, dass ausgerechnet Landwirte für den Diesel, mit dem sie Nahrungsmittel erzeugen, also die Grundversorgung sicherstellen, Energiesteuer zu zahlen haben und nicht mal die Hälfte (21 von 47 Cent/Liter) erstattet bekommen. Aber jetzt die volle Energiesteuer, ganz ohne Rückerstattung? Das wäre der Gipfel der Ungerechtigkeit und ist nicht hinnehmbar.

Andreas Gerner, Stadtlauringen

Der Mob siegt über den Rechtsstaat

Hass und Hetze zeigen Wirkung. Das pauschale Grünenbashing erzeugt bitterböse Pogrom-Stimmung. Die Grünen werden seit Monaten von Merz, Spahn, Aiwanger, AfD und Söder im Chor mit Teilen der Medienwelt zum Sündenbock für alles gemacht, was in Deutschland nicht gut läuft. Ähnliche Hetze hat 1933 schon mal zu Pogrom-Stimmung gesorgt. Was die braune und rechte Front mit den Grünen macht, hat nichts mit Politik oder Wahlkampf zu tun. Die Hetzer zerstören unsere Demokratie. Nicht mehr und nicht weniger! Das müssen aufrechte Bürger verhindern, indem sie der pauschalen Hetze immer und immer wieder mit Argumenten widersprechen. Jedes einzelne der heutigen Probleme lässt sich auf die Politik von 32 Jahren mit Unionkanzlern zurückführen. Genau deshalb hetzen Merz und Co so laut und unsachlich.

Es ist brandgefährlich, was gerade passiert! Wenn die Polizei nicht mal dafür sorgt, dass ein Bundesminister sicher von Bord eines Schiffes gehen kann, ist Politik verloren. Der aufgehetzte Mob siegt über den Rechtsstaat. Wahnsinn! Stefan Bluemer, Essen

Diskussion: frblog.de/schluettisel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240122

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter fr.de/hebelsstunde.
Donnerstag, 25. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Liberaler auf Profilsuche

FDP: „Knappes Ergebnis - oder doch ein deutliches?“, FR-Politik vom 2.1.

Ein deutliches Ergebnis, wenn die Prozentangaben in Personen (beim Mitgliederentscheid der FDP zum Verbleib in der Ampel, Anm. d. Red.) berechnet werden. Nur ein Drittel der 72100 „Abstimmungsteilnehmer“ hat das überhaupt interessiert, abgestimmt haben 24000! Davon waren 52 Prozent für Verbleib, das sind 12480 Mitglieder gleich 17 Prozent, nicht 52! Wie lange helfen Grüne und SPD der FDP noch bei Ihrer Profilsuchung? Wie lange lassen sie sich noch von ihr drangsalieren?
Wolfgang Albrecht, Frankfurt

FR-Blog: Spaltung

Aus der Diskussion über ein Verbot der AfD

Gekürzt wird, wo es am meisten drauf ankommt

Die AfD muss politisch bekämpft werden, nicht mit Hilfe des Verfassungsgerichts. Politisch bekämpfen bedeutet: den Neoliberalismus eindämmen, da er stets mit Sozialabbau und Privatisierung verbunden ist. Mit dem Instrument der Schuldenbremse wurde das neoliberale Modell grundgesetzlich verankert und der Druck erhöht, die Sozialausgaben zu kürzen. Die jüngsten Entscheidungen gegen Landwirte, Bürgergeldempfänger und den Umweltschutz belegen dies. Dagegen werden erhebliche Mittel für Aufrüstung und militärische Fähigkeiten bereitgestellt. Da bleibt nur, vornehmlich bei denjenigen Leistungen einzuschränken, die am meisten auf einen funktionierenden Staat angewiesen sind. Viele Menschen empfinden es als Hohn, wenn Politiker, die die soziale Spaltung herbeigeführt haben, sie auffordern, Gesicht gegen Rechtsradikalismus zu zeigen.
Rudi via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/afd-verbot-2

Fataler Eindruck

Zu: „SPD auf Nabelschau“, FR-Politik vom 13. Januar

Die Parteiklausur der SPD zeugt leider von einer zu geringen politischen Selbstreflexion. Schließlich bestehen die entscheidenden Gründe für die desaströsen Umfrageergebnisse weniger in einer dürftigen Kommunikationsleistung von Olaf Scholz, indem dieser seinen Krisenkurs einfach nur schlecht verkauft, als vielmehr darin, dass man sowohl im Kanzleramt als auch im Willy-Brandt-Haus nach außen hin den fatalen Eindruck erweckt, als würde man sich nicht für die Sorgen und Nöte gerade der kleinen, fleißigen Leute interessieren. Zum Beispiel ignoriert man die immer noch rasant ansteigenden Lebenshaltungskosten wie etwa bei den Nahrungsmitteln oder den Heizkosten nahezu komplett. Deshalb hilft hier nur eine deutlich bessere und vor allem bürgernähere Programmatik aus der Misere, die ein glaubhaftes Leitbild einer echten Respektgesellschaft widerspiegelt, wovon sich die Sozialdemokraten in der Ampel-Koalition aber viel zu sehr entfernt haben. Das zeigen die Diskussionen um die Aufstellung des nächsten Bundeshaushaltes oder die weitere Ausgestaltung der sogenannten Schuldenbremse, wo viel zu häufig die Richtlinienkompetenz dieser Bundesregierung anscheinend eher bei Christian Lindner und seinem veralteten ideologischen Weltbild eines nur nach kurzfristigen Gesichtspunkten und ohne Gespür für den gesellschaftlichen Zusammenhalt denkenden Staates liegt!
Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Ein Krieg ohne Ausweg ist keine Lösung

Krieg in Nahost: „Blinkens-Mission“, FR-Meinung vom 6. Januar

Die von der USA angestrebte Zwei-Staaten-Lösung lässt sich gegen den Widerstand von Israel und Palästina nicht realisieren. Palästina will alles, und Israel kämpft um sein Existenzrecht. Das sind die bestimmenden Fakten. Die Idee von Rabin („Land für Frieden“) ist mit seiner Ermordung gestorben. Der Mörder war kein Hamas, sondern ein Israeli. Damit war der Versuch einer Friedenspolitik gescheitert. Es gibt kein erkennbares Zeichen, an der aktuellen Politik etwas zu ändern. Aber ein Krieg ohne Ausweg ist keine Lösung. Die militärische Besetzung des Gazastreifens und der Westbank durch Israel kann kein Dauerzustand bleiben.

Wie die aktuelle Entwicklung zeigt – grausamer Terrorakt der Hamas, Vernichtungsschlacht der israelischen Armee im Gazastreifen –, muss eine alternative Lösung gefunden werden. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass eine Infrastruktur völlig zerstört wird und mehr unschuldige und unbeteiligte Menschen sterben als Terroristen. Sogar zu befreiende Geiseln werden Opfer durch israelische Soldaten. Die existenzielle Not und die Vertreibung der Menschen im Gazastreifen muss sofort beendet werden.

Wenn sich schon keine Zwei-Staaten-Lösung realisieren lässt, gibt es nur noch eine friedensstiftende Alternative: eine großräu-

mige demokratische Staatenlösung, die Palästina und Israel erfasst. In einer Übergangszeit müsste den UN die Gesamtverantwortung übertragen werden. D.h. die Bildung eines neuen Staates mit demokratischen Wahlen. Um das zahlenmäßig Übergewicht der Palästinenser auszugleichen, könnte übergangsweise ein System der Parität organisiert werden. Die UN wäre vor Ort präsent und verantwortlich für die friedliche Zusammenarbeit der Bürger und der Staatsorgane.

Ich erkläre ich mich uneingeschränkt solidarisch mit den Menschen in Israel. Mögen sie bei den nächsten Wahlen die Regierung von Netanjahu „zum Teufel jagen“. Eberhard Bacher, Frankfurt